

Die tschechischen Bestrebungen.

Drahtmeldung des „Voissischen Zeitung“.

Wien, 12. Oktober.

Die Delegation der Tschechen, die beim Kaiser in Audienz erscheinen wird, wird die gleiche extreme Erklärung abgeben, die vor den Parlamenten abgegeben wurde. Falls der Kaiser eine provisorische Regierung des selbständigen tschechischen Staates anerkennen will, würden sich die Tschechen an einer Liquidation des alten Oesterreich beteiligen. Darüber besteht vollste Einigkeit unter den verschiedenen tschechischen Parteien und ihren fünf Vertrauensmännern Stanel, Klossac, Fiodler, Gruban, Tusar. Bei der Aufstellung eines eigenen Regierungsprogramms aber gehen die Ansichten dieser Herren auseinander.

Abgeordneter Stanel berollt jetzt den tschechischen Nationalrat in Prag für nächste Woche vor. Bis dahin wird der Entschluß des Kaisers feststehen und eine deutliche Antwort Willens

vorliegen. Die tschechischen Demokraten versuchen, den Chauvinismus ihrer Landsleute zu dämpfen. Klossac mißbilligt die scharfe Sprache gegen die Deutschen im Reichsrat, da das tschechische Volk nach dem Kriege einerseits im eigenen Lande mit erheblichen deutschen Minderheiten zu rechnen habe und mit Deutschland auf einem guten Fuße leben müsse; denn wirtschaftlich sei man aufeinander angewiesen, und Flume dürfe nicht den einzigen Ausgangshafen darstellen; die Elbe und Hamburg seien für Prag von großer Bedeutung. Hierin müßten viele Tschechen umlernen. Andererseits widersteht sich der tschechische Hochadel dem völkischen Aufsteigen in Oesterreich und hofft, daß die Slawen in einem föderalisierten Staate die Uebermacht gewinnen werden. Demgegenüber erstreben die tschechischen Demokraten ganz andere Ziele: Der neue tschechische Staat soll ein Staatswesen auf völlig demokratischer Grundlage sein. Vorerst bildet aber für alle die Erringung der tschechischen Selbständigkeit und die Bildung einer provisorischen tschechischen Regierung die Hauptsache. Ebenso werden die Polen und Südslawen bei der Audienz, wenn auch höflicher im Ton, die kaiserliche Anerkennung ihres selbständigen Staates zur Voraussetzung jeglicher gemeinsamen Regierungsarbeit für die Liquidierung des Krieges machen.